



## Martin Patzelt MdB



Liebe Leserinnen und Leser,

dem Bundeswehreininsatz in Syrien habe ich nicht zugestimmt. Mein Votum ist das Ergebnis intensiver, fast quälender Überlegungen. Unsere freundschaftliche Beziehung zu Frankreich gebietet es gerade in Momenten höchster Betroffenheit des Verletzten, rational und strategisch zu handeln.

Ich halte den militärischen Einsatz gegen den DAISCH (IS) für dringend geboten, unser jetziges Vorgehen aber für rein reaktiv auf die Pariser Terroranschläge, deshalb übereilt und

gefährlich. Die Beschleunigung und strategische Ausrichtung der Wiener Verhandlungen würden meines Erachtens nach ein verantwortbareres militärisches und durch weitere, diskutierte Maßnahmen wirklich Erfolg versprechendes Vorgehen der verhandelnden Staaten ermöglichen und die ausreichend öffentlich diskutierten Risiken verringern. Eine militärische Auseinandersetzung mit unklaren Zielen, Fronten, Gegnern, z. T. nicht einsatzbereitem Material, ganz abgesehen von der wachsenden Radikalisierung breiter muslimischer Bevölkerungsgruppen, deren Deutung unse-

rer militärischen Einsätze völlig anderen Paradigmen folgt, bergen Gefahren eines unbeherrschbaren „Flächenbrandes“ und der Intensivierung terroristischer Aktivitäten in Europa, gegen die militärische Einsätze in anderen Regionen vermutlich unzureichende Waffen sind.

Eine anregende Lektüre wünsche ich Ihnen  
Ihr

Martin Patzelt

## Politik trifft Wissenschaft

**Podiumsgespräch am 7.12.2015 um 16 Uhr in Eisenhüttenstadt**

Zu einem Podiumsgespräch unter dem Motto „Politik trifft Wissenschaft“ möchte ich alle Interessierten am Montag, den 7.12.2015, um 16 Uhr in das Restaurant „Aktivist“ nach Eisenhüttenstadt einladen. Mein Gesprächspartner ist Prof. Dr. Christoph Hinz von der BTU Cottbus-Senftenberg. Er ist Leiter des Lehr-

stuhls für Hydrologie und Wasserressourcenbewirtschaftung.

Wie steht es um die Transparenz in Wissenschaft und Politik?

In der Politik bedeutet sie das Darstellen politischer Hintergründe. Transparenz ermöglicht, dass sich Menschen von ihren politischen Vertretern wahrgenommen fühlen. Sie wirkt gegen Politikverdrossenheit und verschwörungstheoretische Aufregung.

Transparenz in der Wissenschaft ist wichtig, damit Forschungsergebnisse zugänglich werden. Und zwar für die Gesellschaft, die über ihre Steuern Forschung finanziert.

Ort:

Restaurant „Aktivist“, Karl-Marx-Str. 45, 15890 Eisenhüttenstadt

Zeit: 7.12.2015,  
16-18 Uhr

Nr. 51/18. WP  
4. Dezember 2015

## Gespräch zur angespannten Lage der Stahlindustrie



Mit meinem Bundestagskollegen Thomas Bareiß (links) sowie dem Landtagsabgeordneten Andreas Gliese (2. von rechts) im Gespräch mit Kathleen Kollwee (rechts) von ArcelorMittal.

Auf meine Einladung trafen sich am Freitag, den 27. November 2015, Thomas Bareiß, der energiepolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, Andreas Gliese, Abgeordneter für den Wahlkreis Eisenhüttenstadt im Landtag Brandenburg, und Kathleen Kollwee von ArcelorMittal Germany im Deutschen Bundestag zu einem Gespräch über die angespannte Lage der Stahlindustrie und insbesondere die Situation bei ArcelorMittal in Eisenhüttenstadt.

ArcelorMittal steht als einer der größten Arbeitgeber in der Region Ostbrandenburg mit mehr als 2.300 direkten Angestellten auch indirekt für mehr als 10.000 Jobs in der Region in der Verantwortung. Das Unternehmen sieht sich derzeit Herausforderungen gegenüber, die mit Recht als existenziell bezeichnet werden dürfen.

Das Werk in Eisenhüttenstadt ist eines der energie- und emissionseffizientesten in Deutschland. Was aber derzeit auf dem Stahlmarkt passiert, ist ein massiver und vor allem

unfairer Verdrängungswettbewerb durch chinesische Importe in die EU, die in diesem Ausmaß bisher unvorstellbar waren. Aufgrund des Nachfrageeinbruchs in China und der massiven Überkapazitäten, die mittels Auslastungssteigerung in den chinesischen Werken noch ansteigen werden, gepaart mit hohen staatlichen Subventionen, können chinesische Anbieter ihre Stähle in Europa zu einem Preis weit unterhalb der Herstellungskosten anbieten. Diesem unfairen Preiswettbewerb gesellt sich nun noch die Forderung nach der Verleihung des Marktökonomiestatus seitens Chinas hinzu. Würde die Europäische Union China als Marktökonomie vor der WTO anerkennen, hätte kein europäischer Stahlhersteller mehr die Möglichkeit, gegen unfaire Importe vorzugehen.

Die steigende Zahl der chinesischen Billigimporte führt in der deutschen Stahlindustrie zu so hohem Druck, dass bereits wieder über Kurzarbeit gesprochen wird. Auf der anderen Seite zeigt gerade ArcelorMittal in

Eisenhüttenstadt immer wieder - und bis an die technisch-physikalischen Grenzen -, wie anpassungsfähig und innovativ die Stahlindustrie in Deutschland ist.

Auch die Stahlindustrie leistet ihren Beitrag zur Emissionsminderung. Die Vorschläge, die die Europäische Kommission zum Emissionshandel im Sommer vorgelegt hat, gehen nicht in die richtige Richtung. Die deutsche Stahlindustrie steht zum Emissionshandel. Er kann - wenn er als Markt funktioniert - ein wichtiges Instrument zur Verringerung der Treibhausgasemissionen sein. Werden allerdings die Vorschläge der Europäischen Kommission so umgesetzt wie vorgeschlagen, könnte bald das eintreten, was die EU eigentlich verhindern möchte: die Abwanderung der Emissionen in andere Regionen der Welt, dort, wo Stahl billig und subventioniert ohne Emissionsziele, mit billiger Energie und ohne mitbestimmte Arbeitsplätze produziert werden kann.

## Religionsfreiheit ein Garant für Demokratie und Frieden

Am Mittwoch gab es in einer öffentlichen Anhörung des Menschenrechtsausschusses Raum für fünf kompetente Referentinnen und Referenten zum Thema Religionsfreiheit und Demokratie zu hören. Kirsten Wiese von der humanistischen Union e.V. Berlin pochte auf die absolute Neutralität des Staates. Matthias König von der Georg-August-Universität Göttingen und dem Max Planck Institut für die Erforschung multi-religiöser und multiethnischer Gesellschaften sah es als eine grundsätzliche Aufgabe der Politik an, religiöse Diversitäten zu tragen, zu arrangieren und zu begleiten.

Interessant war die Anhörung auch deswegen, weil sie, wie auch Andreas Jacobs von der Middle East Faculty am Nato Defense College in Rom konstatierte, die aktuelle Lage in Syrien und überhaupt im Nahen Osten thematisierte. Das terroristische und gewaltvolle Vorgehen des sogenannten IS gegen alle Menschen, die anderer religiöser Ausrichtung und Einstellung sind, als das, was die IS für sich und seine Kämpfer und Anhänger postuliert, habe alles andere als mit Religionsfreiheit zu tun und stehe dem Frieden entgegen. Diese schwierige, auch sicherheitspolitisch brisante Lage im Nahen Osten, die zunehmende Radikalisierung vieler junger Menschen – auch in den europäischen Demokratien – und die aktuellen Flüchtlingsbewegungen würden noch einmal verstärkt den Blick auf die tatsächliche Religionsfreiheit bringen sowohl im Nahen Osten, in Europa und Deutschland als auch in der ganzen

Welt. Eine zentrale Grundlage für eine glaubwürdige Forderung von Demokratie und Religionsfreiheit weltweit könne nur die praktische Erfahrung der Religionsfreiheit in demokratischen Gesellschaften wie in Deutschland sein.

Die Journalistin Khola Maryam Hübsch zeigte sich davon überzeugt, dass Deutschlands Chance, in die islamische Welt positiv hineinzuwirken, nur in einer konsequenten Willkommenskultur angesichts der jetzigen Flüchtlingsbewegung bestehen könne. Symbolpolitische Reaktionen auf Radikalisierungstendenzen wie etwas das Burka-Verbot, das nur einige hundert Frauen in Deutschland betreffe, oder die Diskussion um ein Kopftuchverbot schürten Misstrauen und würden das Ausgrenzungsgefühl verstärken sowie einen "Nährboden für Islamismus" schaffen. Der sogenannte IS nutze das Misstrauen, um eine Radikalisierung junger Menschen zu befördern. Wichtig sei, diejenigen zu unterstützen, die die theologischen Inhalte des Islams diskutieren und liberal-islamische Eigenschaften begründeten. Ein versachlichter, mit Vernunft gelei-

teter Diskurs in pluralistischen demokratischen Gesellschaften wie in Deutschland sei möglich, im Gegensatz zum Nahen Osten.

Das bestätigte auch Christine Schirmmayer vom Institut für Orient- und Asienwissenschaften an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität in Bonn. Die Veränderung der religiösen Landschaft in Deutschland mache eine neue Auseinandersetzung mit den Themen Religionsfreiheit und Demokratie notwendig. Die salafistischen Kräfte beförderten das Negativbild der Demokratie und motivierten zu Radikalisierungen. Diesem gelte es entgegenzuwirken. Schirmmayer sieht die Herausforderung für Deutschland darin, die Freiheit und das friedliche Miteinander der Religionen und Weltanschauungen zu sichern. Echte Toleranz und Akzeptanz zwischen den Religionen könnten nur transparent und öffentlich über die Bildung und Aufklärung in Schulen, Bildungseinrichtungen und Universitäten umgesetzt werden und nicht über den Rückzug in die Privatsphäre.

### Fotoausstellung zur Gedenkstätte Hohenschönhausen



Von links:  
Dr. Philipp Lengsfeld, MdB,  
Vera Lengsfeld,  
Heiko Schmelzle, MdB,  
Eröffnung der Fotoausstellung über die Stasi Gedenkstätte Hohenschönhausen.



## Martin Patzelt, MdB

Mitglied im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend  
Mitglied im Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe

### Büro Berlin

Katja Frenkel  
Dr. Maria Blömer  
Helmut Uwer

Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel. 030/227 71440  
Fax 030/227 76439  
martin.patzelt@bundestag.de

### Wahlkreisbüro Frankfurt (Oder)

Anna Fabisch  
Sophienstr. 41/42  
15230 Frankfurt (Oder)  
Tel. 0335/276 294 36  
Fax 0335/276 294 37  
martin.patzelt.ma04@bundestag.de  
geöffnet: Di + Do 11-18 Uhr,  
Mi 9-16 Uhr

### Wahlkreisbüro Eisenhüttenstadt

Dr. Markus Zaplata  
Saarlouiser Str. 35  
15890 Eisenhüttenstadt  
Tel. 0335/276 294 36  
Fax 0335/276 294 37  
geöffnet: Do 16-18 Uhr

Um diesen Newsletter zu abonnieren, senden Sie uns bitte eine E-Mail an:  
martin.patzelt@bundestag.de

## Die Flüchtlinge brauchen dringendst eine Beschäftigung

Die Flüchtlinge in unserem Land brauchen dringendst eine Beschäftigung. Sonst sehe ich große Gefahren für unser gesamtgesellschaftliches Zusammenleben. Wenn Hunderttausende kräftiger und motivierter junger Männer einem unstrukturierten und anforderungslosen Tagesablauf ausgesetzt sind, wächst nicht nur ihre Unzufriedenheit. Auch die Akzeptanz der Flüchtlinge in der Bevölkerung wird sinken angesichts einer solchen auch noch staatlich subventionierten „Zwangsfaulenzerei“.

Schon vor Wochen habe ich mich schriftlich an das Bundeskanzleramt sowie an die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände gewandt mit der dringlichen Bitte, entsprechende Beschäftigungsangebote gesetzlich zu erleichtern bzw. zu schaffen. Ich habe dabei auf meine persönlichen sehr

positiven Erfahrungen mit unbezahlten Orientierungspraktika, geringfügiger Beschäftigung, Einstiegsqualifizierung und gemeinnützigen Tätigkeiten hingewiesen.

Diese schon jetzt vorhandenen Möglichkeiten für geduldete und anerkannte Flüchtlinge müssen viel stärker in Anspruch genommen und ausgebaut werden. Eine Beschäftigung trägt nicht nur zur Förderung der Sprachentwicklung bei, sondern erleichtert auch den Erwerb kultureller Zusammenhänge.

Gleichzeitig würden Flüchtlinge, die mit ihrer Arbeit zum Gemeinwohl beitragen oder sich damit sogar ihren eignen Lebensunterhalt verdienen, vorhandene Ängste und Vorurteile in der Bevölkerung abbauen. Wie wenig diese Gefahr, die zugleich eine Riesenchance birgt, derzeit gesehen wird, zeigt sich

darin, dass meine diesbezüglichen Briefe an das Kanzleramt vom 12.10. und an den BDA vom 8.9. unbeantwortet geblieben sind.

Meine dringliche Bitte geht daher an alle Kommunen, Vereine und Institutionen, Beschäftigungsmöglichkeiten für Flüchtlinge zu unterstützen oder selbst aktiv anzubieten. Noch weit aus effizienter könnte die Integration der Flüchtlinge in unser Arbeitsleben und in unsere Gesellschaft erfolgen, wenn die Flüchtlinge großflächiger auf die Gemeinden verteilt würden. Zehn Menschen lassen sich leichter integrieren als hundert.

Auch das Festhalten am Königsteiner Schlüssel nach dem Motto „Wer hat, dem wird gegeben“ (Beispiel: der bizarre Unterschied zwischen Berlin und Brandenburg) trägt nicht zur Problemlösung bei.

## Besuch von der Washington Post



Von links:  
Michael Gerson,  
ehemaliger Redenschreiber von Präsident George W. Bush, E.J. Dionne,  
Bestsellerautor  
(´Our Divided Heart´), Dr. Jackson Jones, Präsident des AICGS